

«In den USA hätte die Credit Suisse viel mehr Angst»

Die Sammelklage ist besser als ihr Ruf. Anwalt Daniel Fischer möchte sie auch in der Schweiz einsetzen. Gemeinsam hätten geschädigte Bankkunden eine Chance gegen die Credit Suisse.

Mit Daniel Fischer sprach Bruno Schletti

Anleger haben in den letzten Monaten Geld verloren. Zum Teil wurden sie von den Banken schlecht beraten. Nicht alle wollen dafür geradestehen. Sind Kleinanleger in diesem Land gegenüber Banken machtlos?

Es ist der kleine David, der dem Goliath, der grossen Bank, gegenübersteht. Er kämpft an gegen eine Rechtsabteilung und gegen teure Anwälte. Er allein muss sich dieser grossen Bank stellen. Machtlos macht ihn, dass er Angst davor hat. Und diese Angst ist nicht unbegründet.

Sie selbst vertreten Kleinanleger, die mit kapitalgeschützten Lehman-Produkten, die ihnen Schweizer Banken zum Kauf empfohlen hatten, zu Schaden gekommen sind. Was raten Sie diesen Leuten?

Ich rate, dass man den aussergerichtlichen Weg sucht und dass man sich mit anderen Geschädigten zusammenschliesst. Gemeinsam hat man viel mehr Möglichkeiten, sich zu wehren. Man kann dann immerhin als grossgewachsener David gegen Goliath antreten.

Und doch suchen Sie den aussergerichtlichen Weg?

Ich bin immer der Meinung, dass man einen aussergerichtlichen Weg anschauen soll. Denn letztlich kostet er weniger Nerven und ist auch weniger teuer.

Auffällig viele Fälle geschädigter Kunden betreffen die Credit Suisse. Angenommen, dieser Konflikt würde sich nicht in der Schweiz, sondern in den USA abspielen: Würde dann der Wirtschaftsanwalt Fischer gegen die Credit Suisse eine Sammelklage anstrengen?

Bestimmt, wenn man ihn beauftragen würde. Die Sammelklage ist ein amerikanisches Instrument. Es wurde geschaffen für 300 Millionen Menschen auf einem riesigen Territorium. Man hat nach einem logistischen Weg gesucht, wie man Streuschäden – also Schäden, die viele Menschen betreffen – angehen kann. Die Verteufelung dieser amerikanischen Sammelklage rührt daher, dass man sie schlichtweg nicht kennt und zu wenig differenziert betrachtet.

Wollen Sie sagen, dass die geschädigten Schweizer Anleger in den USA besser aufgehoben wären?

Ja, das glaube ich. Ihre Möglichkeiten, grössere Summen zu erstreiten, wären eindeutig besser. Die Ausgangslage für den Massenklägerschutz ist in Amerika viel, viel besser.



BILD TOM KAWARA

Für Rechtsanwalt Daniel Fischer ist eine Sammelklage nicht mit überrissenen Streitwerten gleichzusetzen.

Müsste sich eine Credit Suisse in den USA anders verhalten, als sie es jetzt in der Schweiz tut?

Ich denke schon. In den USA hätte sie viel mehr Angst. Wenn ein paar Tausend Leute in einem Riesenprozess, der hochprofessionell geführt wird, gegen die CS losziehen würden, wäre diese gut beraten, eine ganz andere Strategie zu wählen, als sie es hier tut.

Tatsächlich hat aber die Sammelklage hierzulande einen extrem schlechten Ruf. Wollen Sie die Sammelklage schönreden?

Gar nicht. Ich sehe die Probleme. Bei Klagesummen von 60, 80 Millionen fällt man fast vom Stuhl. Wenn ein Unternehmen mit einem unredlichen Verhalten viel Gewinn macht, gehen die Amerikaner davon aus, dass der Gewinn abzuschöpfen ist. So schlecht ist dieser Gedanke nicht. Das kennen wir bedingt bei uns in der Schweiz auch – nur nicht in einem derart

überrissenen Umfang. Eine Sammelklage ist nicht mit überrissenen Streitwerten gleichzusetzen. Übrigens: Wollen wir wirklich, dass mangels einer schweizerischen Sammelklage ausländische Gerichte unseren Finanzmarkt regulieren?

Teuer sind die Sammelklagen auch wegen der Honorare der Anwälte.

Ohne Erfolg bekommt der Anwalt in den USA nichts, der Kläger muss nichts zahlen. Das finde ich nicht gut. Es führt dazu, dass der Anwalt eigene Interessen vertritt. In der Schweiz kann man wohl einen Prozessbonus vereinbaren. Aber die Grundkosten müssen unabhängig vom Prozessausgang gedeckt werden. Das könnte man so lassen.

Wie würden Sie denn im Fall der Lehman-Geschädigten vorgehen, wenn Sie den Weg einer Sammelklage beschreiten könnten?

Ich würde den typischen Fall auswählen

«Die Verteufelung der Sammelklage rührt daher, dass man sie nicht kennt.»

Deutschland hat ja mit dem Musterprozess etwas in dieser Art eingeführt. Wäre das ein Modell für die Schweiz?

Ein eigenständiges Musterprozess-Modell ist ein guter Weg, weil man so die Massenansprüche bündelt. Man nimmt einen Fall, treibt ihn voran und erlangt so eine gewisse Sicherheit. Wie die Sammelklage ist der Musterprozess ein legitimer Lösungsansatz für das Durchsetzen von Massenforderungen.

Stärken denn Musterprozesse die Position Davids gegenüber Goliath?

Das tun sie. David hat bei uns ja fast keine Position. Im Moment gibt es kein Werkzeug für eine Klage von mehreren Hundert Leuten. Wir gehen davon aus, dass jeder Einzelne Klage erheben muss.

Und doch wollen die Schweizer Juristen bis-

her nichts von Sammelklagen oder Musterprozessen wissen.

Das hat vor allem damit zu tun, dass wir Schweizer Juristen sehr kritisch nach Amerika schauen und die dortigen Auswüchse sehen. Wir hatten bis anhin auch weniger Massenschäden. Vielleicht findet nach dem zweiten, dritten Grossschaden – nach der Bankenkrise – ein Umdenken statt. Die Lehman-Fälle zeigen, dass wir ein neues Instrument brauchen.

Sehen Sie dafür politisch eine Chance?

Ich warne vor einer Politisierung. Einer, der für die Sammelklage ist, muss ein extrem Linker oder ein Konsumentenanwalt sein. Das stimmt überhaupt nicht. Dass es überhaupt zu der Forderung nach einer Sammelklage kommt, hat damit zu tun, dass sich grosse Unternehmen unredlich gegen den Anspruch von Kleinen wehren.

Wie müsste denn eine helvetische Sammelklage ausgestaltet werden?

Erstens soll es die Möglichkeit des Musterprozesses geben. Und zweitens müssen etwa die Gerichtskosten so definiert werden, dass der Zugang zum Recht möglich ist. Es geht nicht an, dass man so viel Gerichtskostenvorschuss zahlen muss, dass man einfach eine Mauer vor sich hat.

Was hindert Sie eigentlich daran, trotz mangelnder Gesetzesgrundlage gegen die Credit Suisse in dieser Sache einen Musterprozess durchzuführen?

Sie haben Recht. Ich könnte das tun. Nur, bei einem Musterprozess treibe ich einen Fall voran – die andern müssen warten. Für sie müsste ich einen Verjährungsverzicht erwirken. Ob ich die Leute von einem solchen Vorgehen überzeugen könnte, wenn nichts im Gesetz vorgesehen ist, weiss ich nicht.

Das heisst, dass die Credit Suisse von Jurist Fischer nicht allzu viel zu befürchten hat?

Das interpretieren Sie falsch (lacht).

Mehr wollen Sie dazu nicht sagen?

Nein (lacht schallend).

ZUR PERSON

Daniel Fischer

Daniel Fischer ist praktizierender Anwalt in Zürich und Hochschullehrer in Deutschland. Er ist seit Jahren auf die Gruppenvertretung von Anlage-Opfern spezialisiert. Zurzeit vertritt er Bankkunden, die mit kapitalgeschützten Lehman-Produkten zu Schaden gekommen sind. Sein Kampf um die Offenlegung von Retrozessionen, den Bankkunden nicht bekannte Zahlungen von Kommissionen, trug ihm den Spitznamen «Retro-Fischer» ein. Publizistisch beschäftigte sich Fischer unter anderem mit neuen Wirtschaftskriminalitätsformen, Corporate Governance und Sammelklagen. (bsi)

Milchbauern wollen Menge selber steuern

Bern. – Die Schweizer Milchproduzenten (SMP) bereiten sich auf die Aufhebung der Milchkontingentierung im Mai 2009 vor. Sie wollen die Steuerung der Milchmenge für die Branche selbst in die Hand nehmen und damit einen Preissturz verhindern. Die SMP-Delegierten haben am Mittwoch in Bern eine sogenannte Segmentierung des Milchangebotes beschlossen. Gemäss dem mit 136 gegen 29 Stimmen gutgeheissenen Vorschlag wird eine Basis-Milchmenge festgelegt. Grundlage für den Zeitraum 2009/2010 ist die Kontingentmenge von 2008/2009 samt Zusatzkontingenten. Für diese Basismenge soll ein möglichst guter Preis gelöst werden, der linear allen Produzenten zugutekommen soll.

Die über die Basismenge hinaus produzierte Milch dagegen soll bei Bedarf günstiger verkauft werden können. SMP-Präsident Peter Gfeller sprach nach der Versammlung von einer verursachergerechten Lösung. «Wer am Markt vorbeiproduziert, trägt die Konsequenzen selber.» Die Umsetzung der Regelung ist noch offen. Vor den Delegierten hatte Gfeller eine Börse für überschüssige Milch, eine Abgabe auf Zusatzmengen oder eine vertragliche Segmentierung von Menge und Preis als mögliche Lösungen skizziert.

Ebenfalls mit Selbsthilfe wollen die Milchproduzenten dazu beitragen, den drohenden Butterberg abzubauen, ohne dass die Preise purzeln. Die Delegierten bewilligten einen Interventionsfonds, mit dem in Krisenzeiten überschüssige Butter vermarktet werden kann. (SDA)

Billiges Öl bringt den Iran auf Sparkurs

Der freie Fall des Ölpreises trifft den Iran besonders hart. Nur dank des hohen Ölpreises konnte die Regierung in Teheran die Effekte des Embargos abfedern.

Von Astrid Frefel, Kairo

«Wir sind nicht Teil des globalen Wirtschaftssystems, deshalb hat die Finanzkrise die geringsten Auswirkungen auf den Iran, verglichen mit andern Ländern», entgegnete Irans Präsident Mahmoud Ahmadinejad auf einen offenen Brief, in dem 60 Ökonomen auf 30 Seiten seine Wirtschaftspolitik kritisiert hatten. Als bösen Fehler prangerten sie die zur Budgetkosmetik vorgenommene Konversion von Öldollars in Lokalwährung an. Sie sprachen sich gegen die Pläne des Präsidenten aus, das Subventionssystem auf Direktzahlungen umzustellen. Und sie warfen ihm vor, dass seine aggressive Aussenpolitik ausländische Investoren abschreckt und dem Land schweren Schaden zufügt.

Ölstabilisierungsfonds geplündert

Im Wahlkampf 2005 hatte Ahmadinejad den Iranern versprochen, das «Ölgeld auf dem Silbertablett» zu servieren. Er hat Wort gehalten und grosse Teile des unerwarteten Geldsegens aus den hohen Ölpreisen verschleudert, in dem er Geldgeschenke verteilte und die Importe auf-

blähte. Er gab den Armen Kredite und finanzierte kurzfristige Arbeitsbeschaffungsprojekte. Allerdings trug keine der Massnahmen dazu bei, stabiles Wachstum zu schaffen. Den Zentralbank-Präsidenten, der es gewagt hatte, diese populistische Politik mit dem Resultat einer Inflationsrate von 30 Prozent zu kritisieren, entliess Ahmadinejad kurzerhand.

Finanziert hat der iranische Präsident diese Ausgaben, indem er den Ölstabilisierungsfonds plünderte. Dieser Fonds fängt Ölpreisschwankungen auf und finanziert Projekte im Privatsektor. Der Wirtschaftsminister erklärte vor wenigen Tagen, im Fonds seien derzeit 25 Milliarden Dollar. Normalerweise wird der Wert des Fonds nicht publik gemacht. Im September ist aber ein geheimes Papier der Nationalbank an die Öffentlichkeit gelangt, in dem die Restsumme auf lediglich sieben Milliarden geschätzt wird. In drei Jahren soll der Präsident daraus 46 Milliarden Dollar entnommen haben, liess ein hochrangiger Politiker wissen.

Der Fall des Ölpreises von einem Rekord von 147 auf unter 54 Dollar bringt das Regime im Iran deshalb in grosse Schwierigkeiten. Ein Kommentator in einer saudischen Zeitung hat schon das Adjektiv katastrophal benutzt. Bei diesem Preis werden die Einkünfte des weltweit viergrössten Exporteurs auf rund 54 Milliarden Dollar halbiert. Während Saudiarabien, Qatar oder die Arabischen Emirate ihr Budget mit einem Ölpreis von 25 bis 50 Dollar ausgeglichen gestalten können, braucht der Iran etwa 90 Dollar. Das aktuelle Niveau

bedeutet deshalb, dass der Staat sparen und wahrscheinlich auch Subventionen kürzen muss. Erst kürzlich hatte Ahmadinejad angekündigt, die generellen Energiesubventionen streichen zu wollen und durch ein System von Barauszahlungen zu ersetzen, das nach Einkommensschichten gestaffelt ist. Pro Person und Monat würde dieser Betrag maximal 70 Dollar betragen.

Es wird für Teheran auch schwieriger, die Effekte der Sanktionen des Westens zu kompensieren. Diese bestehen unter anderem darin, dass die Finanzierungskosten teurer sind, weil die USA versuchen, die islamische Republik von internationalen Finanzströmen abzuschneiden. Der Vorsitzende der Teheraner Handelskammer verlangte zudem von der Regierung finanzielle Kompensationen, weil die internationale Finanzmarktkrise der Privatwirtschaft spürbaren Schaden zugefügt habe.

Steuerpläne gestoppt

Ahmadinejad will die indirekten Steuern erhöhen und auch eine Mehrwertsteuer einführen, um die aktuelle Ölabhängigkeit von 80 Prozent zu verringern. Dafür gab es Zuspruch von den kritischen Ökonomen. Streiks von den auch politisch einflussreichen Händlern in den Basaren vieler iranischer Städte haben das Vorhaben vorläufig aber zu Fall gebracht: Die Mehrwertsteuer von drei Prozent kommt vorerst nicht. In einigen Monaten soll ein neuer Anlauf gemacht werden. Mit jedem Dollar, um den der Ölpreis sinkt, wird diese Massnahme dringlicher.

Ringier stellt sich auf eine Rezession ein

Zürich. – Beim Medienhaus Ringier ist im Rahmen eines «Effizienzsteigerungs-Programmes» mit einem Stellenabbau zu rechnen, wie Ringier-Chef Martin Werfeli gestern an einem informellen Treffen mit Medienjournalisten durchblicken liess. Sollte es zu einer Stellenreduktion kommen, werde man diese «zurückhaltend» handhaben, so Werfeli weiter. Eine Sparrunde sei jedoch unumgänglich, da laut den Erfahrungswerten aus vergangenen Rezessionen mit einem Rückgang der Inserateinnahmen von bis zu 15 Prozent zu rechnen sei. Das laufende Jahr werde Ringier noch mit einem Umsatzplus von bis zu 10 Prozent abschliessen. Dies dank der Euro 08 und weil die Wirtschaftslage in den ersten beiden Quartalen noch gut gewesen sei.

Die Aktivitäten in der Ukraine stellt Ringier ein. Polit-Verleger, die «ihre Probleme» unter Aufwendung von immensen Mitteln mit der kurzfristigen Herausgabe von Zeitungen lösen, gestalteten in dem osteuropäischen Land ein «unmögliches» Marktumfeld, sagte Werfeli, der die Ukraine-Expansion als «Try and Error» bezeichnete.

Besser läuft laut Ringier-Schweiz-Chef Marc Walder die Gratiszeitung «Blick am Abend». Die Zahl der Remissionen habe sich verringert, und eine Expansion in die Innerschweiz und die Ostschweiz sei angedacht. Weiter investieren will Ringier auch in das Onlinegeschäft. Dem Kauf von Scout24 und Gate24 sollen weitere Akquisitionen folgen. (thi.)